

March 3, 1993

**The Chancellor's [Helmut Kohl's] Meeting with
Russian President Yeltsin on Wednesday, 3 March
1993**

Citation:

"The Chancellor's [Helmut Kohl's] Meeting with Russian President Yeltsin on Wednesday, 3 March 1993", March 3, 1993, Wilson Center Digital Archive, BArch, B 136/59731, 35-42. Contributed, transcribed, and translated by Stephan Kieninger.
<https://digitalarchive.umd.edu/document/300201>

Summary:

Kohl and Yeltsin examine Russia's domestic situation against the backdrop of its constitutional crisis and the conflict between Yeltsin and the Deputy People's Congress. Yeltsin emphasizes his willingness to resolve the conflict according to the constitution. At the same time, he does not exclude the possibility that he could be forced to "resort to extreme measures" in order to save democracy.

Original Language:

German

Contents:

Original Scan
Transcript - German
Translation - English

Yfg.:

Abteilungsleiter 2

Jelzin/AL2

Bonn, 4. März 1993

788
- 179

Herrn Chef des Bundeskanzleramtes

- je gesondert -

Herrn Bundeskanzler

AS/AL 4/3
De 212
214

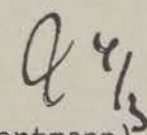
Betr.: Ihr Gespräch mit dem russischen Präsident Jelzin am Mittwoch,
3. März 1993

De 213

Hiermit lege ich den Vermerk über o. a. Gespräch mit der Bitte um Billigung vor.

Ich bitte, mich zu ermächtigen, Bundesminister Kinkel in geeigneter Weise über das Gespräch zu unterrichten.

Der Entwurf eines Schreibens an die Regierungschefs der G-7-Länder wird Ihnen gesondert vorgelegt.


(Dr. Hartmann)

189
180

AL 2

Moskau, 3. März 1993

Betr.: Gespräch des Bundeskanzlers mit dem russischen
Präsidenten Jelzin am Mittwoch, 3. März 1993

Präsident Jelzin erklärt, er freue sich sehr, mit dem Bundeskanzler zusammzutreffen, der immer sehr viel menschliches Verständnis und Weisheit gezeigt habe. Man stehe eine Woche vor der Einberufung des Volksdeputiertenkongresses. Sein politischer Spürsinn habe den Bundeskanzler im richtigen Moment nach Moskau geführt. Es gehe jetzt darum, die Stellung des Präsidenten zu unterstützen.

Der Bundeskanzler erklärt, er werde dies im Anschluß vor der Presse tun.

Präsident Jelzin erklärt, es stehe nicht besonders gut. Die Lage sei schlimmer als im Dezember. Zur Wirtschaftskrise sei jetzt eine Verfassungskrise hinzugekommen. Der Volkskongreß am 10. März sei in der Lage, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Er selber habe zwei Varianten für die Lösung der Verfassungskrise vorgeschlagen: einmal das Referendum, zum anderen eine Art Verfassungsabkommen. Eine dritte Möglichkeit sei die Verständigung mit dem Volksdeputiertenkongreß und dem Obersten Sowjet. Beide seien sehr reaktionär und wollten die Reformen abdrosseln. Im Grunde genommen habe man es mit Neofaschisten zu tun.

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach der Stärke der Gegner erklärt Präsident Jelzin, vor allem handele es sich um die ehemalige KPdSU, die wieder dabei sei, sich zu organisieren - eine Gefahr, die man nicht unterschätzen dürfe.

Leider habe er trotz der Versprechen der Vergangenheit weder von den USA, noch von GB, F oder Japan Unterstützung erhalten. Auch

- 2 -

790
181

die deutsche Hilfe sei in letzter Zeit zurückgegangen. Die Lage sei daher durchaus ernst.

Es gebe keine demokratische Führungsfigur außer ihm selber, sondern nur Figuren, die eindeutig gegen die Demokratie, die Reformen und die Marktwirtschaft seien.

Er selber führe laufend Konsultationen mit Parteien, gesellschaftlichen Bewegungen und Vereinigungen. Er spreche mit allen Kräften rechts und links der Mitte, nur nicht mit den Rechts- und Linksextremisten.

Im Anschluß an das Gespräch mit dem Bundeskanzler werde er sich mit Chasbulatow treffen. Er wisse nicht, was Chasbulatow vorhabe, möglicherweise werde der Kongreß am 10.3. gegen das Referendum Stellung nehmen - was verfassungswidrig sei. In der Folge könne eine Lage entstehen, in der er als Präsident gezwungen sei, extreme Maßnahmen zu ergreifen.

Auf die Frage des Bundeskanzlers, was das heiße, erklärt Präsident Jelzin, er denke an eine Variante "de Gaulle 1958". Auf die weitere Frage des Bundeskanzlers, ob der Präsident dazu die Macht habe, erklärt Präsident Jelzin, er habe die Machtstrukturen hinter sich und bekräftigt dies auf entsprechende Nachfrage.

Natürlich müsse er vor allem versuchen, auf verfassungsmäßige Art und Weise konstruktive Maßnahmen vorzuschlagen. Wenn ihm aber ständig ein "nein, nein, nein" entgegengehalten werde, sei er gezwungen, extreme Maßnahmen zu ergreifen. Dies geschehe, um die Demokratie und die Marktwirtschaft zu retten und um zu verhindern, daß Rußland zerfalle.

Das ganze sei ein schwerwiegender Schritt und außer den Bedrohungen, denen er sich sicher sei, müsse er sich auch der Unterstützung seines Volkes sicher sein. Schließlich müsse er sicher sein, daß die internationale Weltgemeinschaft ihn verstehe.

- 3 -

191
182

Der Bundeskanzler erklärt, bei dieser Sache wolle er dem Präsidenten helfen. Notfalls könne man sich kurzfristig auf halbem Wege treffen.

Präsident Jelzin erklärt, alles werde sehr schnell gehen. Man könne die Dinge auch nicht am Telefon bereden.

Der Bundeskanzler wiederholt seinen Vorschlag eines Treffens auf halbem Wege und fügt hinzu, sein Interesse sei, daß der Präsident mit seinen Reformen Erfolg habe. Dies liege im Interesse Rußlands und auch in unserem Interesse.

Der Bundeskanzler und Präsident Jelzin verabreden sodann eine kurze Sprachregelung gegenüber der Presse.

Präsident Jelzin fährt fort, der Bundeskanzler kenne die G7 sicher besser. Er würde daher gerne wissen, wie deren Reaktion im Extremfall sein werde.

Der Bundeskanzler erklärt, dies könne man nicht vorhersagen. Es komme nicht zuletzt auf die Gegenseite an. Er würde etwa folgendermaßen argumentieren: Was wollt Ihr? Boris Jelzin und seine Ziele kennen wir - das ist entscheidend. Oder wollt Ihr die unterstützen, die von diesen Zielen weg wollen. Die Antwort werde sicher "nein" lauten.

Präsident Jelzin erklärt, so sei es. Der Volkskongreß übe praktisch eine Diktatur aus oder versuche, eine Diktatur zu errichten. Dies liege nicht an Chasbulatow, sondern es sei der Kongreß insgesamt, der eine reaktionäre Haltung einnehme.

Der Bundeskanzler erklärt, die G7 würden für diejenigen eintreten, die für Reformen seien.

Präsident Jelzin erklärt, man müsse sehen, daß alle möglichen Leute erklärten, sie seien für Reformen.

Der Bundeskanzler erklärt, er kenne die Absichten des Präsidenten, also wisse er, was er tue.

- 4 -

192
183

Präsident Jelzin erklärt, dies sei die Hauptsache. Er glaube dem Bundeskanzler und sei ihm äußerst dankbar. Die Lage für ihn sei schwierig, aber er gebe nicht auf. Er werde Chasbulatow möglicherweise ein Ultimatum stellen. Man solle in einem Referendum feststellen, was das Volk selbst wolle, ob es für eine parlamentarische oder eine präsidentiale Republik sei, ob es Jelzin oder Chasbulatow folgen wolle.

In seine laufenden Konsultationen gewinne er im übrigen den Eindruck, daß sich immer mehr Leute auf seine Linie hin bewegten.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, ob der Präsident sich auf seine Minister verlassen könne.

Präsident Jelzin erwidert: "ja, absolut".

Der Bundeskanzler: Auch auf den Verteidigungsminister und den Innenminister?

Präsident Jelzin: Ja.

Der Bundeskanzler: Auf den Vizepräsidenten?

Präsident Jelzin: "Der schwankt hin und her und wird sich im letzten Augenblick dem Kampf nicht anschließen".

Der Bundeskanzler stellt die Frage, ob es auf dem Volkskongreß zu einer Abstimmung kommen werde.

Präsident Jelzin erklärt, es werde nur eine Frage auf der Tagesordnung stehen, nämlich die nach dem Referendum bzw. dem Verfassungsabkommen.

Der Bundeskanzler fragt, welches die Prognose des Präsidenten für den Ausgang der Abstimmung sei.

Präsident Jelzin erklärt, seine Voraussage sei negativ. Er glaube, daß der Kongreß mehrheitlich gegen das Referendum stimmen werde.

- 5 -

193

Der Kongreß werde auch ein Verfassungsabkommen ablehnen, weil er darin einen Verlust an Einfluß sehe. Vielleicht mache aber auch Chasbulatow heute abend einen weiteren Vorschlag. Er sei es schließlich gewesen, der um das Treffen gebeten habe.

184

Seine Gegner spekulierten auch darauf, daß die G7 trotz Versprechungen nichts getan hätten - außer den Deutschen, aber auch deren Hilfe sei in letzter Zeit drastisch zurückgegangen. Er wolle nur daran erinnern, daß es allein für dieses Jahr um 24 Mrd. US-Dollar gegangen sei. Es werde aber viele Milliarden kosten, wenn sich die westlichen Länder gegen ein reaktionäres Rußland verteidigen müßten.

Die Frage des Bundeskanzlers, ob das IWF-Programm gemeint sei, bejaht Präsident Jelzin und ergänzt, auch im Pariser Club sei die Frage der Umschuldung noch nicht entschieden - ebensowenig wie im Londoner Club.

Wörtlich: "Helmut, Du mußt mir verzeihen, aber bei mir kommt der Eindruck auf, daß jemand interessiert ist, daß Rußland auseinanderfällt."

Der Bundeskanzler schlägt vor, daß Präsident Jelzin ihm noch morgen ein Papier zu dem Stand des IWF-Programms übermittelt. Er werde nächste Woche darauf antworten.

Auf die Frage des Bundeskanzlers, wie lange der Kongreß dauern werde, erklärt Präsident Jelzin, Chasbulatow habe von einem Tag gesprochen. Er glaube ihm aber nicht mehr, denn erfahrungsgemäß werde der Kongreß bei Beginn eine Frage nach der andern auf die Tagesordnung setzen, etwa die nach der Absetzung des Präsidenten. Hierzu habe im übrigen der Vorsitzende des Verfassungsgerichtes gesagt, daß ein solches Verfahren nicht möglich sei. Der Kongreß werde möglicherweise auch verlangen, daß die Vollmachten des Präsidenten beschnitten würden.

Der Bundeskanzler erklärt, dies sei doch offensichtlich ein Verstoß gegen die Verfassung.

- 6 -

194

185

Präsident Jelzin bejaht dies und auf die Frage des Bundeskanzlers, was er dann tun werde, fügt er hinzu, dann sei es eben notwendig, extreme Maßnahmen zu ergreifen.

Der Bundeskanzler erklärt, insoweit wäre ja ein Verstoß des Parlamentes gegen die Verfassung taktisch nicht ungünstig.

Präsident Jelzin erklärt, der Vorsitzende des Verfassungsgerichtes habe ihm gesagt, daß extreme Maßnahmen durchaus verfassungsmäßig wären, wenn sie dem Frieden, der Erhaltung der Demokratie, der Durchsetzung der Reformen und nicht zuletzt der Erhaltung der Einheit Rußlands dienten.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, ob die Absicht bestehe, die Wahlen vorzuziehen.

Präsident Jelzin bejaht dies und fügt hinzu, er sei kein Feigling und mit vorgezogenen Wahlen einverstanden. Dies würde bedeuten, daß man im Frühjahr 1994 Parlamentswahlen und im Frühjahr 1995 Präsidentschaftswahlen hätte.

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach der wirtschaftlichen Entwicklung, erklärt Präsident Jelzin, es gebe kleine positive Änderungen. Der Rückgang der Produktion verlangsame sich, in einigen Bereichen gebe es sogar Zuwächse. Auch die Leute seien ruhiger geworden. Es gebe so gut wie keine Streiks und die Läden seien voller Waren.

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach dem Verhältnis zur Ukraine, erklärt Präsident Jelzin, dies habe sich in den letzten Monaten verbessert, allerdings habe die Ukraine die Zahlungen für Gaslieferungen im Februar eingestellt. Rußland habe daraufhin erklärt, es liefere das Gas nicht umsonst. Jetzt versuche man, sich zu verständigen.

Die Beziehungen zu den anderen Republiken - Präsident Jelzin nennt Kasachstan, Weißrußland, Usbekistan etc. - seien normal. Die Lage werde mir Hilfe der Militärs stabilisiert.

- 7 -

195
186

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach Georgien erklärt Präsident Jelzin, dort gebe es Komplikationen wegen Abchasien, das zu Rußland wolle. Rußland sei aber dagegen. Die Abchasier hätten daraufhin angefangen zu kämpfen. Schewardnadse habe nunmehr einen Vertrag vorgeschlagen. Das gehe aber nicht wegen der unklaren Lage. Die Zusatzfrage des Bundeskanzlers, ob die Lage dramatisch sei, verneint Präsident Jelzin.

Der Bundeskanzler berichtet sodann über sein Gespräch mit PM Miyazawa. Er habe M. gesagt, daß er die japanische Politik gegenüber Rußland nicht gut finde und man versuchen müsse, aufeinander zuzugehen. Japan solle auch versuchen, sein Verhältnis im wirtschaftlichen Bereich zu Rußland zu entwickeln.

Sein Eindruck sei, daß Miyazawa sich etwas bewegt habe. Er - der Bundeskanzler - habe sowohl Miyazawa als auch dem Kaiser gesagt, man dürfe nicht nur auf die Kurilen-Frage starren. Er habe der japanischen Seite empfohlen, die Gesamtbeziehungen zu entwickeln - insbesondere im Bereich Wirtschaft und Investitionen - und in diesem Gesamtpaket könne dann auch die Kurilen-Frage figurieren.

Er habe Miyazawa ferner gesagt, er halte es für ausgeschlossen, daß Präsident Jelzin nach Tokio fahre und sein Gesicht verliere. Er habe vielmehr empfohlen, einen eventuellen Besuch sorgfältig vorzubereiten, damit der Erfolg vorher feststehe - andernfalls sei dies innenpolitisch für Präsident Jelzin nicht akzeptabel. Er glaube, dies hätten die Japaner begriffen. Wenn der Präsident einen Hinweis habe, den er Miyazawa weitergeben könne, solle er es ihm bitte wissen lassen.

Präsident Jelzin stellt die Frage, was mit der Einladung zum G7-Treffen sei.

Der Bundeskanzler erklärt, er gehe davon aus, daß den Japanern klar sei, daß dies von den anderen G7-Mitgliedern gewünscht werde. Er werde hierüber auch mit Major, Clinton und Mitterrand sprechen.

Präsident Jelzin erklärt, wenn Japan die Teilnahme Rußlands mit der Kurilen-Frage verknüpfe, werde er einfach nicht kommen.

- 8 -

196

187

Der Bundeskanzler erklärt, dies sei nicht das Problem, zumal alle Mitglieder der G7 entschieden. Er habe auch nicht den Eindruck, daß die Japaner mit dem Kopf durch die Wand wollten, zumal sie sich isoliert fühlten. Die Japaner - und alle anderen - wüßten, daß mit uns nichts gegen Jelzin laufe.

Präsident Jelzin wirft ein, das sei sehr wichtig.

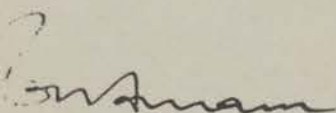
Der Bundeskanzler erklärt, auch in seinen Gesprächen in Indien, Indonesien, Korea sei dies deutlich geworden. In diesen Ländern sei man im übrigen stark an der Entwicklung der Beziehungen zu Rußland interessiert.

Präsident Jelzin erklärt, er werde sich am 4. April mit Clinton in Vancouver treffen.

Der Bundeskanzler erklärt, er werde Clinton noch vorher sehen und Präsident Jelzin nach seiner Reise anrufen.

Zusammenfassend hält der Bundeskanzler fest:

- Der Präsident werde ihm ein Papier zur IWF-Problematik schicken, auf das er möglichst umgehend antworten werde.
- Wenn die Lage es erfordere, werde man sich kurzfristig auf halbem Wege treffen.
- Zu Japan werde ihm der Präsident noch seine Reaktion übermitteln, die er, der Bundeskanzler, dann an Miyazawa weiterleiten werde.



(Dr. Hartmann)

AL 2

Moskau, 3. März 1993

V e r m e r k**Betr.: Gespräch des Bundeskanzlers mit dem russischen Präsidenten Jelzin am Mittwoch, 3. März 1993^[1]**

Präsident Jelzin erklärt, er freue sich sehr, mit dem Bundeskanzler zusammenzutreffen, der immer sehr viel menschliches Verständnis und Weisheit gezeigt habe. Man stehe eine Woche vor der Einberufung des Volksdeputiertenkongresses. Sein politischer Spürsinn habe den Bundeskanzler im richtigen Moment nach Moskau geführt. Es gehe jetzt darum, die Stellung des Präsidenten zu unterstützen.

Der Bundeskanzler erklärt, er werde dies im Anschluß vor der Presse tun.

Präsident Jelzin erklärt, es stehe nicht besonders gut. Die Lage sei schlimmer als im Dezember. Zur Wirtschaftskrise sei jetzt eine Verfassungskrise hinzugekommen. Der Volkskongreß am 10. März sei in der Lage, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Er selber habe zwei Varianten für die Lösung der Verfassungskrise vorgeschlagen: einmal das Referendum, zum anderen eine Art Verfassungsabkommen. Eine dritte Möglichkeit sei die Verständigung mit dem Volksdeputiertenkongreß und dem Obersten Sowjet. Beide seien sehr reaktionär und wollten die Reformen abdrosseln. Im Grunde genommen habe man es mit Neofaschisten zu tun.

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach der Stärke der Gegner erklärt Präsident Jelzin, vor allem handele es sich um die ehemalige KPdSU, die wieder dabei sei, sich zu organisieren - eine Gefahr, die man nicht unterschätzen dürfe.

Leider habe er trotz der Versprechen der Vergangenheit weder von den USA, noch von GB, F oder Japan Unterstützung erhalten. Auch

die deutsche Hilfe sei in letzter Zeit zurückgegangen. Die Lage sei daher durchaus ernst.

Es gebe keine demokratische Führungsfigur außer ihm selber, sondern nur Figuren, die eindeutig gegen die Demokratie, die Reformen und die Marktwirtschaft seien.

Er selber führe laufend Konsultationen mit Parteien, gesellschaftlichen Bewegungen und Vereinigungen. Er spreche mit allen Kräften rechts und links der Mitte, nur nicht mit den Rechts- und Linksextremisten.

Im Anschluß an das Gespräch mit dem Bundeskanzler werde er sich mit Chasbulatow treffen. Er wisse nicht, was Chasbulatow vorhabe, möglicherweise werde der Kongreß am 10.3. gegen das Referendum Stellung nehmen - was verfassungswidrig sei. In der Folge könne eine Lage entstehen, in der er als Präsident gezwungen sei, extreme Maßnahmen zu ergreifen.

Auf die Frage des Bundeskanzlers, was das heiße, erklärt Präsident Jelzin, er denke an eine Variante "de Gaulle 1958". Auf die weitere Frage des Bundeskanzlers, ob der Präsident dazu die Macht habe, erklärt Präsident Jelzin, er habe die Machtstrukturen hinter sich und bekräftigt dies auf entsprechende Nachfrage.

Natürlich müsse er vor allem versuchen, auf verfassungsmäßige Art und Weise konstruktive Maßnahmen vorzuschlagen. Wenn ihm aber ständig ein "nein, nein, nein" entgegengehalten werde, sei er gezwungen, extreme Maßnahmen zu ergreifen. Dies geschehe, um die Demokratie und die Marktwirtschaft zu retten und um zu verhindern, daß Rußland zerfalle.

Das ganze sei ein schwerwiegender Schritt und außer den Machtstrukturen, deren er sich sicher sei, müsse er sich auch der Unterstützung seines Volkes sicher sein. Schließlich müsse er sicher sein, daß die internationale Weltgemeinschaft ihn verstehe.

Der Bundeskanzler erklärt, bei dieser Sache wolle er dem Präsidenten helfen. Notfalls könne man sich kurzfristig auf halbem Wege treffen.

Präsident Jelzin erklärt, alles werde sehr schnell gehen. Man könne die Dinge auch nicht am Telefon bereden.

Der Bundeskanzler wiederholt seinen Vorschlag eines Treffens auf halbem Wege und fügt hinzu, sein Interesse sei, daß der Präsident mit seinen Reformen Erfolg habe. Dies liege im Interesse Rußlands und auch in unserem Interesse.

Der Bundeskanzler und Präsident Jelzin verabreden sodann eine kurze Sprachregelung gegenüber der Presse.

Präsident Jelzin fährt fort, der Bundeskanzler kenne die G7 sicher besser. Er würde daher gerne wissen, wie deren Reaktion im Extremfall sein werde.

Der Bundeskanzler erklärt, dies könne man nicht vorhersagen. Es komme nicht zuletzt auf die Gegenseite an. Er würde etwa folgendermaßen argumentieren: Was wollt Ihr? Boris Jelzin und seine Ziele kennen wir - das ist entscheidend. Oder wollt Ihr die unterstützen, die von diesen Zielen weg wollen. Die Antwort werde sicher "nein" lauten.

Präsident Jelzin erklärt, so sei es. Der Volkskongreß übe praktisch eine Diktatur aus oder versuche, eine Diktatur zu errichten. Dies liege nicht an Chasbulatow, sondern es sei der Kongreß insgesamt, der eine reaktionäre Haltung einnehme.

Der Bundeskanzler erklärt, die G7 würden für diejenigen eintreten, die für Reformen seien.

Präsident Jelzin erklärt, man müsse sehen, daß alle möglichen Leute erklärten, sie seien für Reformen.

Der Bundeskanzler erklärt, er kenne die Absichten des Präsidenten, also wisse er, was er tue.

Präsident Jelzin erklärt, dies sei die Hauptsache. Er glaube dem Bundeskanzler und sei ihm äußerst dankbar. Die Lage für ihn sei schwierig, aber er gebe nicht auf. Er werde Chasbulatow möglicherweise ein Ultimatum stellen. Man solle in einem Referendum feststellen, was das Volk selbst wolle, ob es für eine parlamentarische oder eine präsidentiale Republik sei, ob es Jelzin oder Chasbulatow folgen wolle.

In seine laufenden Konsultationen gewinne er im übrigen den Eindruck, daß sich immer mehr Leute auf seine Linie hin bewegten.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, ob der Präsident sich auf seine Minister verlassen könne.

Präsident Jelzin erwidert: "ja, absolut".

Der Bundeskanzler: Auch auf den Verteidigungsminister und den Innenminister?

Präsident Jelzin: Ja.

Der Bundeskanzler: Auf den Vizepräsidenten?

Präsident Jelzin: "Der schwankt hin und her und wird sich im letzten Augenblick dem Kampf nicht anschließen."

Der Bundeskanzler stellt die Frage, ob es auf dem Volkskongreß zu einer Abstimmung kommen werde.

Präsident Jelzin erklärt, es werde nur eine Frage auf der Tagesordnung stehen, nämlich die nach dem Referendum bzw. dem Verfassungsabkommen.

Der Bundeskanzler fragt, welches die Prognose des Präsidenten für den Ausgang der Abstimmung sei.

Präsident Jelzin erklärt, seine Voraussage sei negativ. Er glaube, daß der Kongreß mehrheitlich gegen das Referendum stimmen werde.

Der Kongreß werde auch ein Verfassungsabkommen ablehnen, weil er darin einen Verlust an Einfluß sehe. Vielleicht mache aber auch Chasbulatow heute abend einen weiteren Vorschlag. Er sei es schließlich gewesen, der um das Treffen gebeten habe.

Seine Gegner spekulierten auch darauf, daß die G7 trotz Versprechungen nichts getan hätten - außer den Deutschen, aber auch deren Hilfe sei in letzter Zeit drastisch zurückgegangen. Er wolle nur daran erinnern, daß es allein für dieses Jahr um 24 Mrd. US-Dollar gegangen sei. Es werde aber viele Milliarden kosten, wenn sich die westlichen Länder gegen ein reaktionäres Rußland verteidigen müßten.

Die Frage des Bundeskanzlers, ob das IWF-Programm gemeint sei, bejaht Präsident Jelzin und ergänzt, auch im Pariser Club sei die Frage der Umschuldung noch nicht entschieden - ebenso wenig wie im Londoner Club.

Wörtlich: "Helmut, Du mußt mir verzeihen, aber bei mir kommt der Eindruck auf, daß jemand interessiert ist, daß Rußland auseinanderfällt." Der Bundeskanzler schlägt vor, daß Präsident Jelzin ihm noch morgen ein Papier zu dem Stand des

IWF-Programms übermittelt. Er werde nächste Woche darauf antworten.

Auf die Frage des Bundeskanzlers, wie lange der Kongreß dauern werde, erklärt Präsident Jelzin, Chasbulatow habe von einem Tag gesprochen. Er glaube ihm aber nicht mehr, denn erfahrungsgemäß werde der Kongreß bei Beginn eine Frage nach der ändern auf die Tagesordnung setzen, etwa die nach der Absetzung des Präsidenten. Hierzu habe im übrigen der Vorsitzende des Verfassungsgerichtes gesagt, daß ein solches Verfahren nicht möglich sei. Der Kongreß werde möglicherweise auch verlangen, daß die Vollmachten des Präsidenten beschnitten würden.

Der Bundeskanzler erklärt, dies sei doch offensichtlich ein Verstoß gegen die Verfassung.

Präsident Jelzin bejaht dies und auf die Frage des Bundeskanzlers, es er dann tun werde, fügt er hinzu, dann sei es eben notwendig, extreme Maßnahmen zu ergreifen.

Der Bundeskanzler erklärt, insoweit wäre ja ein Verstoß des Parlamentes gegen die Verfassung taktisch nicht ungünstig.

Präsident Jelzin erklärt, der Vorsitzende des Verfassungsgerichtes habe ihm gesagt, daß extreme Maßnahmen durchaus verfassungsmäßig wären, wenn sie dem Frieden, der Erhaltung der Demokratie, der Durchsetzung der Reformen und nicht zuletzt der Erhaltung der Einheit Rußlands dienten.

Der Bundeskanzler stellt die Frage, ob die Absicht bestehe, die Wahlen vorzuziehen.

Präsident Jelzin bejaht dies und fügt hinzu, er sei kein Feigling und mit vorgezogenen Wahlen einverstanden. Dies würde bedeuten, daß man im Frühjahr 1994 Parlamentswahlen und im Frühjahr 1995 Präsidentschaftswahlen hätte.

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach der wirtschaftlichen Entwicklung, erklärt Präsident Jelzin, es gebe kleine positive Änderungen. Der Rückgang der Produktion verlangsamt sich, in einigen Bereichen gebe es sogar Zuwächse. Auch die Leute seien ruhiger geworden. Es gebe so gut wie keine Streiks und die Läden seien voller Waren.

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach dem Verhältnis zur Ukraine, erklärt Präsident Jelzin, dies habe sich in den letzten Monaten verbessert, allerdings habe die Ukraine die Zahlungen für Gaslieferungen im Februar eingestellt. Rußland habe daraufhin erklärt, es liefere das Gas nicht umsonst. Jetzt versuche man, sich zu verständigen.

Die Beziehungen zu den anderen Republiken - Präsident Jelzin nennt Kasachstan, Weißrußland, Usbekistan etc. - seien normal. Die Lage werde mir Hilfe der Militärs stabilisiert.

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach Georgien erklärt Präsident Jelzin, dort gebe es Komplikationen wegen Abchasien, das zu Rußland wolle. Rußland sei aber dagegen. Die Abchasier hätten daraufhin angefangen zu kämpfen. Schewardnadse habe nunmehr einen Vertrag vorgeschlagen. Das gehe aber nicht wegen der unklaren Lage. Die Zusatzfrage des Bundeskanzlers, ob die Lage dramatisch sei, verneint Präsident Jelzin.

Der Bundeskanzler berichtet sodann über sein Gespräch mit PM Miyazawa. Er habe M. gesagt, daß er die japanische Politik gegenüber Rußland nicht gut finde und man versuchen müsse, aufeinander zuzugehen. Japan solle auch versuchen, sein Verhältnis im wirtschaftlichen Bereich zu Rußland zu entwickeln.

Sein Eindruck sei, daß Miyazawa sich etwas bewegt habe. Er - der Bundeskanzler - habe sowohl Miyazawa als auch dem Kaiser gesagt, man dürfe nicht nur auf die Kurilen-Frage starren. Er habe der japanischen Seite empfohlen, die Gesamtbeziehungen zu entwickeln - insbesondere im Bereich Wirtschaft und Investitionen - und in diesem Gesamtpaket könne dann auch die Kurilen-Frage figurieren.

Er habe Miyazawa ferner gesagt, er halte es für ausgeschlossen, daß Präsident Jelzin nach Tokio fahre und sein Gesicht verliere. Er habe vielmehr empfohlen, einen eventuellen Besuch sorgfältig vorzubereiten, damit der Erfolg vorher feststehe - andernfalls sei dies innenpolitisch für Präsident Jelzin nicht akzeptabel. Er glaube, dies hätten die Japaner begriffen. Wenn der Präsident einen Hinweis habe, den er Miyazawa weitergeben könne, solle er es ihm bitte wissen lassen.

Präsident Jelzin stellt die Frage, was mit der Einladung zum G7-Treffen sei.

Der Bundeskanzler erklärt, er gehe davon aus, daß den Japanern klar sei, daß dies von den anderen G7-Mitgliedern gewünscht werde. Er werde hierüber auch mit Major, Clinton und Mitterrand sprechen.

Präsident Jelzin erklärt, wenn Japan die Teilnahme Rußlands mit der Kurilen-Frage verknüpfe, werde er einfach nicht kommen.

Der Bundeskanzler erklärt, dies sei nicht das Problem, zumal alle Mitglieder der G7 entschieden. Er habe auch nicht den Eindruck, daß die Japaner mit dem Kopf durch die Wand wollten, zumal sie sich isoliert fühlten. Die Japaner - und alle anderen - wüßten, daß mit uns nichts gegen Jelzin laufe.

Präsident Jelzin wirft ein, das sei sehr wichtig.

Der Bundeskanzler erklärt, auch in seinen Gesprächen in Indien, Indonesien, Korea sei dies deutlich geworden. In diesen Ländern sei man im übrigen stark an der Entwicklung der Beziehungen zu Rußland interessiert.

Präsident Jelzin erklärt, er werde sich am 4. April mit Clinton in Vancouver treffen.

Der Bundeskanzler erklärt, er werde Clinton noch vorher sehen und Präsident Jelzin nach seiner Reise anrufen.

Zusammenfassend hält der Bundeskanzler fest:

- Der Präsident werde ihm ein Papier zur IWF-Problematik schicken, auf das er möglichst umgehend antworten werde.
- Wenn die Lage es erfordere, werde man sich kurzfristig auf halbem Wege treffen.
- Zu Japan werde ihm der Präsident noch seine Reaktion übermitteln, die er, der Bundeskanzler, dann an Miyazawa weiterleiten werde.

(Dr. Hartmann)

[\[1\]](#) BArch, B 136/59731, 35-42.

Head of Department 2
Moscow, 3 March 1993

M e m o r a n d u m

Subject: The Chancellor's Meeting with Russian President Yeltsin on Wednesday, 3 March 1993[\[1\]](#)

President Yeltsin says that he was delighted to meet with the Chancellor, who had always shown a lot of human understanding and wisdom. It was just a week until the convocation of the Deputy People's Congress. The Chancellor's political instincts had made him come at the right time. Now, it was about strengthening the President's position.

The Chancellor says that he would do this subsequently before the press.

President Yeltsin points out that the situation was not particularly good. The situation was worse than in December. In addition to the economic crisis, the country was also in a constitutional crisis. On March 10, the Deputy People's Congress had the power to turn back the clock.

He himself had suggested two options for the resolution of the constitutional crisis: first, a referendum; second, some sort of constitutional agreement. A third opportunity involved accommodation with the Deputy People's Congress and the Supreme Soviet. Both were very reactionary and wanted to throttle the reform process. Basically, one was confronted with neo-fascists.

Upon the Chancellor's question about the strength of the opponents, President Yeltsin says that it was primarily the former CPSU, which was about to reorganize itself - this was a danger that one must not underestimate.

Unfortunately, despite past promises, he had not yet received assistance from the USA, Great Britain, France, or Japan. The extent of Germany's assistance had also decreased. The situation was quite serious.

There was no democratic leader except himself, but only figures who were clearly against democracy, reform, and the liberal economy.

He himself had constant consultations with parties, societal movements, and associations. He was speaking with all forces on the left and the right of the political spectrum, not just with rightist and leftist extremists.

Following his meeting with the Chancellor, he would see Chasbulatov. He did not know what Chasbulatov was planning. Perhaps, the Deputy People's Congress on 10 March would take a position against the referendum - which would be against the constitution. Subsequently, a situation might develop in which he, in his capacity as the President, might be forced to take extreme measures.

Upon the Chancellor's question of what this meant, President Yeltsin points out that he thought of a variant of "de Gaulle 1958." Upon the Chancellor's further question of whether the President had the strength to do this, President Yeltsin says that he had the power structures behind him, confirming this upon further inquiry.

Naturally, he had to forward constructive suggestions in accordance with the constitution. If he was permanently confronted with "no, no, no," he would be forced to resort to extreme measures. This was to save democracy and market economy, and to avoid Russia's disintegration.

This was a grave step. Except for the power structures whose support he certainly had, he had to be sure of the support of the entire population. Finally, he had to be certain that the international community would understand him.

The Chancellor says that he wanted to help President Yeltsin in this. In an emergency case, they could meet halfway.

President Yeltsin says that all of this would proceed very quickly. One could not discuss these things over the phone.

The Chancellor repeats his suggestion to meet halfway, adding that he was interested in the success of the President's reform policy. This was both in Russia's interest and our own.

Thereupon, the Chancellor and President Yeltsin agree on a common line for the press.

President Yeltsin says that the Chancellor certainly had better knowledge of the G-7.

He was interested to how the G-7 would react in an emergency case.

The Chancellor says that this was hard to predict and was also dependent on the opposing side. He would argue the following: What do you want? We knew Boris Yeltsin and his aim – that was decisive. Or did you want to endorse those who want to abandon these objectives? The answer would certainly be "no."

President Yeltsin says that this was the case. The Deputy People's Congress was practically a dictatorship or was trying to establish a dictatorship. This was not due to Chasbulatov, but was rooted in the Congress as a whole, which took a reactionary position.

The Chancellor says that the G-7 would stand up for those who were in favor of reforms.

President Yeltsin points out that one had to consider that there were many people who declared their support for reforms.

The Chancellor explains that he knew the President's intentions. Thus, he knew that he was doing.

President Yeltsin says that this was the main thing. He believed the Chancellor and was extremely grateful. His situation was very complicated, but he would not give up. It might be that he would impose an ultimatum on Chasbulatov. A referendum should be used to figure out what the people wanted and whether they were in favor of a parliamentary or a presidential republic, whether they wanted to follow Yeltsin or Chasbulatov.

During his ongoing consultations, he increasingly gained the impression that more and more people were following his line.

The Chancellor asks whether the President could rely on his ministers.

President Yeltsin replies: "Yes, absolutely."

The Chancellor: Also on the Minister of Defense and the Minister of the Interior?

President Yeltsin: Yes.

The Chancellor: On the Vice President?

President Yeltsin: "He goes back and forth, and at the last moment, he would not join the fight."

The Chancellor asks whether there would be a vote in the Deputy People's Congress.

President Yeltsin says that there would be only one question on the agenda, namely on the referendum or the constitutional agreement.

The Chancellor asks about the President's estimate for the result of the vote.

President Yeltsin says that his prediction was negative. He thought that the majority of the Congress would be against the referendum.

The Congress would also reject a constitutional agreement as it saw this as a loss of its influence. It might be that Chasbulatov would come up with another proposal tonight. After all, he had asked for the meeting.

His opponents were gambling on the fact that the G-7 had done nothing despite their pledges – except for the Germans, whose assistance recently had been drastically decreasing. He wanted to remind us that about \$24 billion had gone just for this year alone. It would cost many billions if the Western countries had to defend themselves against a reactionary Russia.

President Yeltsin replies in the affirmative when the Chancellor asks whether this was about the IMF program. Yeltsin adds that neither the London Club nor the Paris Club had adopted decisions on the debt rescheduling so far.

Verbatim: "Helmut, you must forgive me, but I am increasingly gaining the impression that someone is interested in Russia's disintegration."

The Chancellor suggests that President Yeltsin send him a paper on the state of the IMF program tomorrow morning. He would respond next week.

Upon the Chancellor's question about the duration of the Congress, President Yeltsin says that Chasbulatov had mentioned a single day. But he did not believe him anymore. Experience had taught him that the Congress would put an additional question on the agenda at the outset, namely the one on the dismissal of the

President. Moreover, the Chairman of the Constitutional Court had told him that such a procedure was impossible. The Congress would perhaps also demand a reduction of the President's powers.

The Chancellor says that it was apparent that this was a violation of the constitution.

President Yeltsin agrees. Upon the Chancellor's question of what he was planning to do in this case, he adds that it was also necessary to take extreme measures.

The Chancellor says that from this vantage point, it would perhaps even be beneficial if the parliament violated the constitution.

President Yeltsin explains that the Chairman of the Constitutional Court had told him that extreme measures were absolutely constitutional if they helped the cause of democracy, the maintenance of peace, the success of the reforms, and not least Russia's unity.

The Chancellor asks whether the President intended to have early elections.

President Yeltsin affirms this, adding that he was not a coward and was ready to have early elections. This would mean that there would be parliamentary elections in the spring of 1994 and presidential elections in the spring of 1995.

Upon the Chancellor's question about the economic situation, President Yeltsin says that there were small, positive changes. The reduction of production had slowed down, and there was even an increase in some fields. The population had grown calmer. There were almost no strikes at all and the stores were full with supplies.

Upon the Chancellor's question about the relationship with Ukraine, President Yeltsin says that it had improved during the last few months. However, Ukraine had stopped its payments for gas supplies in February. Subsequently, Russia had emphasized that it would not supply gas for free. Now, they tried to find a solution.

The relations with other republics were normal – President Yeltsin mentions Kazakhstan, Belarus, and Uzbekistan. The situation was stabilized with the assistance of the military.

Upon the Chancellor's question about Georgia, President Yeltsin says that there were complications due to Abkhazia, which wanted to join Russia. However, Russia was against this. The Abkhazians had subsequently started to fight. Meanwhile, Shevardnadze had proposed a treaty. However, this was impossible as the situation was unclear. President Yeltsin negates the Chancellor's additional question of whether the situation was dramatic.

The Chancellor then reports on this meeting with Prime Minister Miyazawa. He had told Miyazawa that he did not endorse Japan's policy toward Russia. One had to try and find some sort of rapprochement. Japan had to try and develop an intensified economic relationship with Russia.

His impression was that Miyazawa had somewhat moved. He, the Chancellor, had told both Miyazawa and the emperor that they could not simply stare at the question of the Kurils. His recommendation for the Japanese side was to develop the entire relationship – especially in the fields of trade and investment. They would be able to figure out the Kurils question within such a framework.

Moreover, he had told Miyazawa that it was out of the question for the President to come to Tokyo and lose face. Rather, his recommendation was to carefully prepare a potential visit so that its success would be secured in advance. Otherwise, from a domestic perspective, this was unacceptable for President Yeltsin. He thought that the Japanese had understood this. If the President had a suggestion that he could pass on to Miyazawa, he should let him know.

President Yeltsin asks about Russia's invitation to the G-7 summit.

The Chancellor says that he surmises that the Japanese knew that this was desired by the rest of the G-7. He would also discuss this with Major, Clinton, and Mitterrand.

President Yeltsin says that he would simply not come if the Japanese linked Russia's participation with the question of the Kurils.

The Chancellor says that this was not the problem, especially as this was a decision that the G-7 would take as a whole. He also did not have the impression that the Japanese wanted to crash against the wall, especially as they felt isolated. The Japanese and everyone else knew that they could not use us for anything against

Yeltsin.

President Yeltsin inserts that this was very important.

The Chancellor points out that this had also become very clear in his talks in India, Indonesia, and Korea. Moreover, these countries were strongly interested in expanding their relations with Russia.

President Yeltsin says that he would meet with Clinton in Vancouver on 4 April.

The Chancellor says that he would see Clinton sooner and would call President Yeltsin after his visit to Washington.

Summing up, the Chancellor notes that:

- The President would send him a paper on the IMF issue, to which he would instantly respond.
- If circumstances warranted it, they would meet halfway on short notice.
- Regarding Japan, the President would let the Chancellor know about his reaction, which the Chancellor would pass on to Miyazawa.

(Dr. Hartmann)

[\[1\]](#) BArch, B 136/59731, 35-42.